

PROTOKOLL DER AKP-SITZUNG VOM 05.12.2016

Ort: Sitzungszimmer in der JVA Grosshof, Luzern

TEILNEHMENDE:

Benjamin F. Brägger, Vorsitzender	Konkordatssekretär
Stefan Weiss	Präsident KLJV
Thomas Fritschi	Vizepräsident KLJV
Thomas Freytag	Vizepräsident KLJV
Marcel Ruf	Präsident FKI
Sabine Uhlmann	Co-Präsidentin FKE
Beatrice Würsch	Präsidentin FKB
Dominik Lehner	Präsident KoFako
Manfred Stuber	desig. Präsident FKI
Deborah Torriani	Protokoll

Entschuldigungen: keine

Beginn: 09h30 Uhr

Geschäft

I. ROS

a) Richtlinie ROS

Die Konkordatskonferenz hat entgegen der Empfehlung der AKP entschieden, dass

- bei Freiheitsstrafen bis einem Jahr Dauer (Art. 6 Abs. 1 Bst. a), und
- bei Personen mit einer strafrechtlichen Landesverweisung, ausgenommen bei stationären und ambulanten Massnahmen (Art. 6 Abs. 1 Bst. d)

auf das Erstellen eines FaR oder das Einholen einer RA und auf die Durchführung der weiteren ROS-Prozessschritte verzichtet werden kann. Somit entsprechen die Ausschlusskriterien für ein FaR oder eine RA den Richtlinien des Ostschweizer Konkordats (OSK).

Der Vorsitzende dankt Stefan Weiss für die geleisteten Vorarbeiten im Zusammenhang mit der ROS Richtlinie. Es werden seitens der Teilnehmenden noch die folgenden Präzisierungen vorgebracht, welche Stefan Weiss in die Richtlinie einarbeiten wird:



- Präzisierung Fussnote 9, Seite 4: Beim Ausschlusskriterium gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. a wird auf die Gesamtstrafe abgestellt, anders als beim Ausschluss vom ROS Prozess nach Art. 2 der Richtlinie.
- Präzisierung zur Landesverweisung: Für den Ausschluss eines FaR oder einer RA gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. d muss die strafrechtliche Landesverweisung oder eine Aus-/Wegweisung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten sein.

Der Kanton Zürich sieht als vollzugsstärkster Kanton in Abweichung zum OSK keinen Ausschluss für Personen mit einer strafrechtlichen Landesverweisung vor.

Es ist den Kantonen überlassen, wie sie die ROS-Richtlinie in diesem Punkt kantonsintern via Merkblätter und Weisungen umsetzen und ggf. von diesem Ausschlusskriterium abweichen werden. Voraussichtlich wird sich der Kanton Bern der Zürcher Lösung anschliessen.

Stefan Weiss und Deborah Torriani werden weiter beauftragt, bis zur AKP Sitzung im April den sich aufgrund der ROS-Richtlinien ergebenden Revisionsbedarf der übrigen konkordatlichen Richtlinien zu erheben und einen Zeitplan zu erstellen.

Im Zusammenhang mit den weiteren Harmonisierungen im Bereich Vollzugsplan / Führungsberichte wird sich Stefan Weiss beim OSK nach dem Stand der entsprechenden Arbeiten erkundigen. Allenfalls wird auch ein Referent des OSK für die AKP-Sitzung vom April eingeladen.

- b) Informationen seitens der Projektleitung ROS (Markus Meili, vertreten durch Deborah Torriani)

Deborah Torriani informiert über den Stand der Projektarbeiten. Die Bedarfserhebung für die ROS-Schulung sei via ROS-Verantwortlichen nun in den Kantonen im Gange. Bis am 16. Dezember 2016 werden die ROS-Verantwortlichen dem SAZ Rückmeldung aus den kantonsinternen Erhebungen machen. Am 9. Januar 2017 sei eine Sitzung beim SAZ mit der Projektleitung und Daniel Treuthardt geplant, anlässlich derer die Ergebnisse der Bedarfserhebung und das weitere Vorgehen puncto Schulung besprochen werde.

Des Weiteren findet am 24. Januar 2017 eine Kick-Off Veranstaltung für alle ROS-Verantwortlichen der Kantone und der Fachkonferenzen in Luzern statt. Deborah Torriani stellt den Teilnehmenden das Programm dieser Kick-Off Veranstaltung kurz vor.

Die Projektleitung hat zudem gestützt auf das Projekthandbuch, welches von der Konkordatskonferenz genehmigt wurde, ein Teilprojekthandbuch erarbeitet, welches sich auf die Planung und Umsetzung des Teilprojekts «Einführung ROS» (neben dem Teilprojekt «AFA») konzentriert. Darin sind u.a. die Aufgaben der ROS-Verantwortlichen definiert. Die ROS-Verantwortlichen werden anlässlich der Kick-Off Veranstaltung umfassend über ihre Aufgaben und ihre Rolle im Projekt informiert.

1. Begrüssung

Der Vorsitzende begrüsst die Anwesenden herzlich zur AKP Sitzung. Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.



2. Genehmigung Protokoll der Sitzung vom 31.10.2016

Zum Protokoll der AKP Sitzung vom 31.10.2016 werden seitens der Teilnehmenden noch Änderungswünsche vorgebracht, welche Deborah Torriani einarbeiten wird.

Es wird die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob das Protokoll künftig in der ausführlichen Art weitergeführt werden soll.

3. Informationen des Vorsitzenden

3.1. Konkordatskonferenz vom 25.11.2016

Die Berichte des Kapazitätsmonitoring und der Zwischenbericht der konkordatlichen Arbeitsgruppe «Versorgungskette» sowie das Aussprachepapier zur Anstaltsplanung haben an der Konkordatskonferenz zu Diskussionen Anlass gegeben. Dr. Ueli Hostettler, Uni Bern, wird zur nächsten Konkordatskonferenz als Referent zum Thema alte und kranke Eingewiesene eingeladen.

In Bezug auf die psychisch kranken Straftäter soll die Lösungssuche für die fehlenden Plätze im Bereich der Hochsicherheit mit hoher Priorität weiterverfolgt werden. Der Sekretär wird dazu die Arbeitsgruppe wiederum einberufen. Ein besonderes Augenmerk soll dem Projekt UPD Burgdorf geschenkt werden. Zudem ist zusammen mit der JVA Lenzburg und der Klinik Königsfelden (AG) abzuklären, ob sich mit diesen Partnern ebenfalls eine solche Abteilung realisieren lassen könnte.

Thomas Fritschi bringt vor, dass die Zusammenarbeit mit den Forensikern/Psychiatrie in der Arbeitsgruppe «Versorgungskette» sehr wertvoll sei und deshalb nicht aufgelöst werden sollte.

Es wird beschlossen, dass die Arbeitsgruppe «Versorgungskette» unter der Leitung des Sekretärs aufrechterhalten bleibt.

Nebst dem Projekt Bern (UPD Gefängnis Burgdorf) besteht auch im Untersuchungsgefängnis Lenzburg eventuell die Möglichkeit, eine Interventionsabteilung für Krisenplätze mit hoher Sicherheitsstufe zu errichten. Marcel Ruf bringt vor, dass hierfür bereits eine erste Konzeptskizze bestehe.

3.2. B-Geschäfte/Genehmigungen

Der Bericht Kostensituation 2015, die Kostgeldliste 2017/2018, die Richtlinie betreffend die Haftunterstützungsfähigkeit und der Anhang zum Reglement der KoFako wurden an der Konkordatskonferenz genehmigt und sind auf der Homepage des Konkordats aufgeschaltet.

3.3. SKJV: konstituierende Sitzung am 12.01.2016

Der Vorsitzende informiert, dass am 12. Januar 2017 die konstituierende Sitzung des SKJV stattfinden wird. Florian Dübli KKJPD wird die Sitzung protokollieren bis das Stiftungsorgan diese Aufgaben in eigener Regie übernimmt.

3.4. SPS – Strategie (Beilage): Arbeitsprogramm 2017

Das Konkordat hat sich gegenüber der KKJPD geäußert, dass die aktuellen Aktivitäten von SPS für die Kantone und Anstalten keinen Mehrwert generieren. Der Auftrag der SPS wurde nun geschärft und von der KKJPD und vom Vorstand der EDK genehmigt. Im ersten halben Jahr wird gestützt auf die neue Strategie ein entsprechendes Arbeitsprogramm ausgearbeitet.



4. Arbeitsplanung 2017: Schwerpunktbildung

Stefan Weiss hat sich mit Blick auf die hohe Arbeitslast der AKP Gedanken darüber gemacht, welche Aufgaben von der AKP prioritär zu behandeln sind, welche Aufgaben aufgeschoben werden können und welche Aufgaben allenfalls den Fachkonferenzen zugewiesen werden könnten. Die Teilnehmenden diskutieren über die aktuellen Themen. Es ergibt sich die folgende Auflistung:

1. **ROS-Einführungsprojekt** (1. Priorität);
2. **Finalisierung der Richtlinie zu den besonderen Vollzugsformen**, inkl. Übergangsrecht für das neue Sanktionenrecht 2018;
3. **Radikalisierung im Justizvollzug**: Klärung der Themenführerschaft im Konkordat und in der Schweiz;
4. **Kostgeld**: Strategie der Entwicklung des Kostgeldes und Überarbeitung der Kostgeldliste (AG-Kostgeld -> AKP -> Konkordatskonferenz);
5. **Anstaltsplanung**, insbesondere Weiterverfolgung des Projektes hoch gesicherte Klinikplätze;
6. **Organisatorische Einbettung und Gliederung des Justizvollzuges**: Aufgaben Kanton / Konkordat, Zusammenarbeit der Konkordate und mit der KKJPD (Neunerausschuss, Vorstand, Plenarversammlungen) Schnittstellen SKJV, Zusammenarbeit mit den Fachkonferenzen im Konkordat und auf nationaler Ebene;
7. **EM**: strategische Fragestellungen: Anschluss an die Lösung der KKJPD oder konkordatlische Lösung, Einsatzbereiche von EM in den Konkordatskantonen;
8. **Statistik**: Überführung des Kapazitätsmonitoring in BfS, Schnittstellen zu den Kantonen;
9. **Zusammenarbeit Einweisungsbehörden mit forensischen Kliniken**: Einweisungsprozess / Kosten / Verhältnis zu Versicherungen etc.
10. **Arbeitsweise AKP**: Rückblick und Ausblick mit ev. Anpassungen (vermehrter Einbezug der Fachkonferenzen);
11. **Videokonferenz (Projekt aus Programm HIS)**: Chancen und Risiken für den Justizvollzug;
12. **Gesundheitskosten: Klärung der Themenführerschaft im Konkordat und in der Schweiz.**

Diese Themen werden anlässlich der Klausurtagung besprochen und ggf. an die Fachgremien verteilt (z.B. Videokonferenz an FKI). An dieser Klausurtagung wird auch ein Austausch über die Arbeitsweise der AKP im Allgemeinen rückblickend auf das vergangene Jahr stattfinden.

5. Merkblatt ambulante Massnahmen

Die Teilnehmenden diskutieren darüber, ob das Merkblatt zu den ambulanten Massnahmen als Merkblatt oder als Richtlinie ausgestaltet sein sollte. Des Weiteren wird die Frage aufgeworfen, ob sich durch ROS einen Anpassungsbedarf ergeben hat. Das Merkblatt wird der Projektleitung ROS zugewiesen mit dem Auftrag das Merkblatt inhaltlich zu prüfen und ggf. zu überarbeiten und/oder bei Bedarf gestützt auf das Merkblatt eine Richtlinie zu erarbeiten.

6. AT-StGB Revision 2018

Stefan Weiss informiert, dass die AG Sanktionenrecht die Richtlinien zu den besonderen Vollzugsformen mit den Konkordatssekretären bereinigt habe und zwischen den beiden Deutsch-



schweizer Konkordate OSK und NWI CH u.a. in den folgenden bislang noch offenen strategischen Punkten Konsens bestehe:

- Bei teilbedingten Strafen ist bei GA und EM die Bruttostrafe massgebend; bei HG die Nettostrafe;
- GA, EM, HG sind bei Personen mit einer strafrechtlichen Landesverweisung ausgeschlossen;
- Bedingte Entlassung aus GA ist möglich;
- Bei den Vollzugsöffnungen erfolgt eine Anlehnung an die Bestimmungen der RL zum Ausgang und Urlaub im offenen Vollzug.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Zusammenarbeit mit dem OSK sehr zeit- und personalaufwändig sei. Bei einer noch engeren Zusammenarbeit müssten die Arbeitsmodalitäten geklärt werden.

Weiteres Vorgehen

Der überarbeitete Entwurf der RL zu den besonderen Vollzugsformen wird in den Kantonen in beiden Konkordaten zur Vernehmlassung mit einer Frist bis 5. Januar 2017 unterbreitet.

Am 10. Januar 2017 findet nochmals eine Sitzung der AG Sanktionenrecht mit den Konkordatssekretären zwecks Besprechung des Vernehmlassungsergebnisses statt. Anschliessend werden die Richtlinien in beiden Konkordaten an der Frühlingskonferenz der Konkordatskonferenz zur Genehmigung vorgelegt.

Der Entwurf der RL wird ausserdem nach Abschluss der Vernehmlassung in die französische Sprache übersetzt, um den Westschweizer Kantone als Vorlage zu dienen.

Anlässlich der SAZ-Weiterbildungstagung für die Einweisungsbehörden anfangs Februar 2017 wird die RL den Leitenden der Einweisungsbehörden vorgestellt und erläutert.

7. Sanktionenvollzugsstatistik

Die Teilnehmenden sind sich darüber einig, dass die Projektorganisation des BFS unklar ist, insbesondere die Einbindung und die Rolle des Konkordats. Des Weiteren sind die Fragen des BFS unklar, weshalb das Konkordat für deren Beantwortung auf mehr Informationen angewiesen ist.

Der Vorsitzende wird sich mit dieser Kritik an Florian Düblin wenden, damit dies an der nächsten Sekretärenkonferenz thematisiert wird.

8. Verzeichnis der Konkordatsinstitutionen

Das Verzeichnis der Konkordatsinstitutionen wird zuhanden von Manfred Stuber der FKI zugewiesen mit dem Auftrag, bis zur nächsten AKP Sitzung den aktuellen Bestand an konkordatlichen Plätzen zu erheben und gleichzeitig mitzuteilen, welche Abteilung was macht.

9. Private Einrichtungen

Deborah Torriani wird beauftragt, die Kantone anzuschreiben, damit diese die Berner Liste der bewilligten privaten Einrichtungen mit ihren bewilligten Wohnheimen ergänzen. Weitergehende Umfragen betreffend private Einrichtungen werden zurzeit nicht durchgeführt.

10. Radikalisierung in Gefängnissen

Thomas Fritschi informiert, dass am 8. Dezember 2016 eine Sitzung beim Fedpol zu diesem Thema stattgefunden habe, bei welcher er, Andreas Naegeli, Florian Düblin und Joe Keel eingeladen waren.



Der Vorsitzende hat bei Florian Düblin bereits seinen Unmut ausgesprochen, da dieses Thema weder im Neunerausschuss noch in der Sekretärenkonferenz besprochen wurde. Er spricht sich für eine gesamtschweizerische Koordinierung des Themas aus. Der Sekretär wird in diesem Sinne die KKJPD orientieren.

Das Thema Radikalisierung wird an der nächsten AKP Sitzung wieder traktandiert und/oder an der Klausurtagung zu behandeln sein.

11. Nachbereitung von AKP Beschlüssen im Allgemeinen und Einsitz im Stiftungsrat des SKJV im Speziellen

Es erfolgte eine Diskussion bezüglich Handhabung von AKP-Beschlüssen. Offene Fragen konnten geklärt werden.

Der Vorsitzende informiert, dass er wichtige Dokumente oder Informationen jeweils per Mail an alle Amtsvorsteher der Konkordatskantone und an die Präsidenten der Fachkonferenzen weiterleitet. Er bittet die Präsidenten der Fachkonferenzen, diese Rundmails jeweils an die Mitglieder der Konferenzen weiterzuleiten. Die Amtsvorsteher entscheiden jeweils situativ, wem sie diese Mails weiterleiten. Die Weiterleitung von Informationen im Kaskadensystem ist wichtig, um schnell möglichst alle relevanten Personen informieren zu können.

12. Verschiedenes

Die AKP Sitzung vom 26. April 2017 findet in den neuen Räumlichkeiten der KoFako an der Elisabethenstrasse in Basel statt, diejenige vom 6. Dezember 2017 in der Justizvollzugsanstalt St. Johannsen, BE.

Sitzungsende: 12.20 Uhr

Die Protokollführerin:

sig. Deborah Torriani

Deborah Torriani

16.12.2016

Übersicht Aufträge/Pendenzen

Beauftragte/r:	Gegenstand:	Frist:
PL ROS	Merkblatt ambulante Massnahmen: Revisionsbedarf mit Blick auf die Einführung von ROS?	01.02.2017
Stefan Weiss/Deborah Torriani	Revisionsbedarf RL erheben	26.04.2017
Deborah Torriani	Liste private Einrichtungen an Kantone zur Ergänzung zustellen	asap
Benjamin Brägger	BFS: Rückmeldung an Florian Düblin	asap
Benjamin Brägger	Planung Klausurtagung AKP	asap